

Die Schweiz nach dem ersten Kriegsjahr

Autor(en): **Weber, Max**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **32 (1940)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353000>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz nach dem ersten Kriegsjahr.

Von Max Weber.

Die ersten 12 Monate des Krieges haben grosse Veränderungen in Europa hervorgerufen. Deutschland hat bisher bedeutende militärische Erfolge aufzuweisen, und als Folge davon hält es heute Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Luxemburg ganz sowie Polen und Frankreich teilweise besetzt. Zu seinem eigenen Gebiet von 673,000 km² (einschliesslich Protektorat Böhmen-Mähren und Slowakei) mit einer Bevölkerung von 89 Millionen kommen 923,000 km² besetztes Gebiet mit einer Einwohnerzahl von ungefähr 70 Millionen Menschen. Italien ist am 10. Juni an der Seite Deutschlands in den Krieg eingetreten. Es hält einen kleinen Teil französisches Grenzgebiet besetzt und hat in jüngster Zeit das englische Somaliland erobert.

Während die Achsenmächte den grössten Teil des europäischen Kontinents in ihrer Gewalt haben, so beherrscht Grossbritannien, das jetzt auf der Gegenseite allein steht, nach wie vor die See. Es hält die Blockade über Deutschland, Italien und die von diesen Mächten besetzten Gebiete weiterhin aufrecht. Deutschland hat neuerdings mit einer Gegenblockade geantwortet, deren Wirkungen sich aber erst noch erweisen müssen.

Damit ist eine bestimmte Phase des Krieges gekennzeichnet, aber noch nicht das Kriegsende. Jene Leute, die immer nur das sehen, was gerade vor ihnen liegt, müssen sich daran erinnern, dass im letzten Weltkrieg während vier Jahren politische und territoriale Verschiebungen vorkamen, die das Endergebnis des Krieges herzlich wenig beeinflussten.

Welches ist nun angesichts dieser Kriegsverhältnisse die Lage der Schweiz?

In wirtschaftlicher Beziehung ist der Warenaustausch mit dem Ausland von entscheidender Bedeutung. Die Ruhe an der Westfront, die bis im Mai herrschte, und die Nichtkriegführung Italiens ermöglichten zunächst, die Versorgung der Schweiz mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen in genügendem Masse zu bewerkstelligen und auch die Exportaufträge prompt zu erledigen. Das hat sich seither grundlegend geändert, wie aus folgender Gegenüberstellung hervorgeht:

	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in Millionen Franken	in Millionen Franken	in Prozent
Einfuhr:			
September 1939/Mai 1940	1785,1	+ 511,2	+ 40,1
Juni/Juli 1940	209,7	— 106,4	— 33,6
Ausfuhr:			
September 1939/Mai 1940	932,3	— 124,4	— 11,8
Juni/Juli 1940	167,5	— 63,0	— 27,3

In den ersten 9 Kriegsmonaten war der Einfuhrwert um 40 Prozent grösser als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die mengenmässige Zunahme dürfte allerdings wegen der starken Preissteigerung für Importwaren nicht bedeutend gewesen sein. In den letzten beiden Monaten, für die Zahlen vorliegen, ist aber eine Verminderung der Einfuhr gegenüber dem Vorjahre um einen Drittel zu verzeichnen. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Einfuhr aus Deutschland eine Zeitlang unterbunden war; ausserdem liegt die Schweiz seit dem Kriegseintritt Italiens und dem Zusammenbruch Frankreichs im blockierten Kontinent. Wenn auch eine Blockade gegenüber der Schweiz nicht besteht, so ist doch der Warenverkehr mit Uebersee ausserordentlich erschwert.

Die Ausfuhr war schon in den ersten 9 Kriegsmonaten geringer als im Vorjahre. Der Rückgang betrug aber nur rund 12 Prozent, währenddem er im Juni/Juli auf 27 Prozent gestiegen ist. Das neue Wirtschaftsabkommen mit Deutschland hat nun freilich den Weg frei gemacht für einen vermehrten Gütertausch. Auch haben die bisherigen Experimente gezeigt, dass der Handelsverkehr mit Uebersee an sich möglich ist; aber da er von beiden kriegführenden Parteien zugleich abhängig ist, ergeben sich grosse Komplikationen, Verzögerungen und Verteuerungen. Auch kann dieser Weg von heute auf morgen gänzlich unterbunden werden.

Diese Schwierigkeiten kamen der schweizerischen Bevölkerung bisher, abgesehen von der Rationierung, vor allem in der starken Preissteigerung zum Bewusstsein. Die Verteuerung des Imports ergab von Ende August 1939 bis Ende Juli 1940 eine Preissteigerung im Grosshandel von 31 Prozent. Der Index der Lebenshaltungskosten hat sich in der gleichen Zeit um rund 10 Prozent erhöht. An dieser Preissteigerung sind freilich nicht nur die eingeführten Waren beteiligt, sondern es haben auch die Inlandwaren aufgeschlagen, landwirtschaftliche sowie industrielle Produkte, und zwar nicht nur in dem Ausmasse, wie der ausländische Rohstoffanteil rechtfertigen würde. Im landwirtschaftlichen Sektor sind gewisse Preiskonkzessionen gemacht worden, um die Produktion anzuregen.

Die Löhne haben mit der Teuerung bei weitem nicht Schritt gehalten. Wie aus den Erhebungen des Biga über die Lage der Industrie hervorgeht, haben etwa 42 Prozent der Arbeiter, also nicht einmal die Hälfte, eine Lohnerhöhung erhalten, die zudem im Durchschnitt nur $5\frac{1}{2}$ Prozent beträgt, also wenig mehr als die Hälfte der amtlich festgestellten Teuerung. Allerdings ist anzuerkennen, dass viele Betriebe auch vorher während der Zeit der Preissenkung die Löhne nicht herabgesetzt haben, so dass ihre Arbeiter jetzt eine Zeitlang Geduld zeigen. Aber es ist jedenfalls nicht zu bestreiten, dass die Arbeitnehmer bis jetzt schon ganz erhebliche Opfer bringen mussten, wohl grössere Opfer, als sie irgendeiner andern Bevölkerungsschicht zugemutet werden, vielleicht abgesehen von jenen Kleingewerblern, die lange im Militärdienst standen.

Die Beschäftigung in unserer Industrie war dank der grossen Staatsaufträge, der anhaltenden Nachfrage im Inland (zum Teil Hamsterung) und der noch verhältnismässig guten Exportmöglichkeiten recht günstig. Der Zweig, der wohl am stärksten unter den Kriegsverhältnissen zu leiden hat, ist die Bautätigkeit, da der Wohnungsbau völlig darniederliegt. Das wurde jedoch ausgeglichen durch die öffentlichen Bauaufträge (Strassen, Befestigungen, Lagerräume). In verschiedenen Industrien bestand zeitweise ein fühlbarer Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, namentlich als die ganze Armee mobilisiert war. Die Zahl der Arbeitslosen ging auf ein Minimum zurück, wie es seit der Hochkonjunktur 1929 nicht mehr verzeichnet worden ist. Seit Anfang Juli ist indessen die Lage auf dem Arbeitsmarkt labiler geworden. Die Arbeitslosigkeit hat zugenommen in den Exportindustrien, die vor einer ganz ungewissen Zukunft stehen. Aber auch in den übrigen Wirtschaftszweigen ist sie gestiegen nach der Entlassung der Territorialtruppen. Wenn die Zahl der registrierten Arbeitslosen bisher trotzdem in relativ bescheidenen Grenzen geblieben ist, so rührt das daher, dass die Wehrmänner, die nach ihrer Entlassung keine Arbeit gefunden haben, teilweise in Arbeitsdetachementen oder Bewachungskompagnien übergeführt wurden; es mag auch viele geben, die sich bei den Arbeitsämtern nicht gemeldet haben, um nicht sofort wieder dem Dienst zugeführt zu werden.

Die wirtschaftliche Lage der Schweiz kann somit für das erste Kriegsjahr oder doch für die ersten drei Vierteljahre als relativ befriedigend bezeichnet werden. Sie hat sich aber in den letzten Monaten ganz wesentlich verschlimmert. Es muss daher mit vermehrter Warenknappheit gerechnet werden, die sich bereits in schärferen Rationierungsmassnahmen spürbar macht, sowie mit einer weitem Preissteigerung. Auf einzelnen Gebieten kann auch ein eigentlicher Mangel auftreten. Dieser Warenmangel wird die Beschäftigungsmöglichkeiten unter Umständen ernstlich gefährden, da das Fehlen eines einzelnen Rohstoffs die Fabrikation auf weiten Gebieten lahmlegen kann. Vermehrte Ausnützung der einheimischen Kraft- und Rohstoffquellen, Verwertung des Altmaterials und der Abfälle wird unumgänglich werden.

Das alles erfordert vermehrte Disziplin und verstärkten Willen zum Durchhalten. Es stellt auch grössere Anforderungen an die Energie und das Geschick der Behörden. Vor allem der Gefahr der Arbeitslosigkeit, die sich auf den Winter hin vergrössert, muss mit allen Mitteln begegnet werden, und zwar rechtzeitig, denn es muss schon das Entstehen grösserer Arbeitslosigkeit verhindert und es sollte diese nicht erst nachträglich bekämpft werden, was viel mehr Mühe und Kosten verursacht und auch schon politische Gefahrenherde schaffen könnte.

Auch in politischer Hinsicht hat sich verschiedenes geändert im ersten Kriegsjahr. Am hervorstechendsten ist das veränderte Gesicht der Presse. Man braucht nur einen Blick in die

Zeitungen vom September 1939 zu werfen, um die heutige Farblosigkeit der meisten Tagesblätter deutlich zu empfinden. Das beruht weniger auf Freiwilligkeit, sondern es ist zum grossen Teil das Produkt der Pressekontrolle, die mit einem ganzen Register von « Erziehungsmitteln » arbeitet. Die Organe, die trotz allem tapfer ihre Meinung zu sagen wagen, wenn auch manchmal nur durch die Blume, werden leider immer seltener. Das gilt jedenfalls in bezug auf die Aussenpolitik. In der Innenpolitik ist noch recht viel « Vorkriegsmentalität » zu erkennen, obschon gerade dort ein weiterer Horizont, jedoch ohne Preisgabe der eigenen Ueberzeugung, nötig wäre.

Was wir heute brauchen, ist meines Erachtens eine geistige Haltung, die auf tieferer Grundlage beruht als nur auf einer tagespolitischen Meinung, nämlich auf einer inneren politischen Ueberzeugung von der Existenzberechtigung und -notwendigkeit der Schweiz als freier, unabhängiger Staat sowie auf dem Willen, hierfür alles einzusetzen. Diese Haltung muss dann aber auch kräftig zum Ausdruck kommen, was immer auch sich ereignen möge. Dann werden wir wahrscheinlich auch feststellen können, dass die meisten Eidgenossen, soweit sie diesen Namen wirklich verdienen, einander viel näherstehen, als sie glauben, und dass eine Einigung über die Lösung der der Schweiz heute gestellten Aufgaben möglich ist. Ferner wird uns diese Haltung die Kraft geben, den Gefahren, die unser Land von aussen oder von innen bedrohen könnten, zu trotzen.

Die Lage der Gewerkschaften in Norwegen.

Die Führung der norwegischen Gewerkschaften stellte sich ebenso wie die Leitung der Arbeiterpartei an die Seite der Regierung Nygardsvold, als Norwegen am 9. April angegriffen wurde. Die führenden Funktionäre der Bewegung begaben sich auch zusammen mit dem König und der Regierung nach Nordnorwegen, als der Widerstand im Süden und Zentrum des Landes zusammengebrochen war. Zahlreiche Vertrauensleute sowohl der Verbände wie des Gewerkschaftsbundes waren jedoch in Oslo verblieben, wo sie versuchten, das Organisationsleben unter den neuen Bedingungen weiterzuführen.

Nach der Kapitulation in Nordnorwegen am 9. Juni kehrten — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — die Organisationsleitungen nach Oslo zurück. Die Gewerkschaftsbewegung stand damit wiederum unter einer einheitlichen Führung. Diese Führung ist jedoch nicht in der Lage gewesen, ihre Funktionen in der früheren Art und Weise auszuüben. Die Besatzungsbehörden haben denjenigen Vertrauensmännern, die an den Kämpfen im Norden des Landes direkt oder indirekt beteiligt waren, untersagt, die Organisationskontore zu betreten. Auch an manchen andern Punkten